



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 17.11.2014
Beginn: 09:10 Uhr
Ende: 11:30 Uhr
Ort: Sitzungszimmer des Landratsamtes Kronach

Anwesend sind:

Vorsitzender

Marr, Oswald

Mitglieder CSU-Fraktion

Korn, Jens

Vertreter für Hans Rebhan

Liebhardt, Bernd

Löffler, Klaus

Weber, Gabriele

Mitglieder SPD-Fraktion

Ehrhardt, Timo

Pohl, Ralf Dr.

Rauh, Richard

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Hänel, Peter

Wicklein, Stefan

Vertreter für Wolfgang Beiergrößlein

Mitglieder Frauenliste

Zenkel-Schirmer, Petra

Schriftführer/in

Welsch, Sonja

Verwaltung

Daum, Günter

Schaller, Michael

Puff, Wolfgang

Dressel, Gunther

Presse

Neue Presse / Fränkischer Tag / Radio 1

Entschuldigt sind:

Mitglieder CSU-Fraktion

Rebhan, Hans

Entschuldigt, Vertreter Jens Korn

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang

Entschuldigt, Vertreter Stefan Wicklein

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Informationen	11/119/2014
2	Anträge der im Kreistag vertretenen Gruppierungen	11/117/2014
2.1	Kreisbauhof Nord - Anträge der CSU- und der SPD-Fraktion	11/112/2014
2.2	Pflegesituation im Landkreis Kronach- Antrag der CSU-Fraktion	11/118/2014
2.3	Antrag Informationseinholung über die Planung zum Ausbau der Stromtrasse - Antrag der Frauenliste	
2.4	Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur - Antrag der SPD-Fraktion	
3	Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes	11/113/2014
4	Förderanträge	
4.1	Förderantrag - Bauliche Erweiterungen im Haus Fischbachtal des Deutschen Ordens	11/110/2014
4.2	Förderantrag - Beratungsstelle der Lebenshilfe e. V.	11/109/2014
5	Unvorhergesehenes	11/116/2014
6	Anfragen und Sonstiges	

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:10 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Informationen

Sachverhalt:

A.) Förderung Tiefbaumaßnahme KC 23 – Hangsicherung Nordhalben

Für die o. a. Straßenbaumaßnahme wurde dem Landkreis Kronach durch die Regierung von Oberfranken eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von **580 Tsd. Euro** zugesagt.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf ca. **800 Tsd. Euro**, die sich wie folgt zusammensetzen:

645 Tsd. Euro	Baukosten	förderfähig
25 Tsd. Euro	Baukosten	nicht förderfähig
Zzgl.	Planungskosten	nicht förderfähig

Die Maßnahme wurde damit seitens des Freistaates Bayern äußerst großzügig gefördert.

B.) Förderung Ausstattung Tourismusschule Franken

Bezüglich der Tourismusschule Franken hat der Landkreis Kronach einen Zuwendungsantrag über Ausstattungsgegenstände mit einem Antragsvolumen in Höhe von 393 Tsd. Euro gestellt.

Mit Schreiben vom 28.10.2014, eingegangen im LRA Kronach am 05.11.2014 hat die Regierung von Oberfranken vorbehaltlich der Unterzeichnung einer Maßnahmen-Vereinbarung die Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmebeginns und einen Zuwendungsbetrag in Höhe von **150 Tsd. Euro** (= Fördersatz in Höhe von **40 %** ==> der Regelfördersatz beträgt 30 %) in Aussicht gestellt.

An **förderfähigen Kosten** wurde ein Betrag in Höhe von **376 Tsd. Euro** anerkannt. Die Auszahlung der Zuwendungen wurde für 2016 in Aussicht gestellt.

Die Maßnahmen-Vereinbarung wurde zwischenzeitlich zurückgesandt.

Gleichzeitig wurde, da es sich um eine in der Kabinettsitzung vom 3.9.2013 beschlossene Unterstützungsmaßnahme des Freistaates für den Landkreis Kronach handelt um die Gewährung des Förderhöchstsatzes von 60 % gebeten. Des Weiteren wurde noch ein ergänzender Zuwendungsantrag an die Oberfrankenstiftung gerichtet.

Landrat Oswald Marr informiert das Gremium aufgrund des KA-Beschlusses vom 29.09.2014 (TOP 2 Nr. 6), über den aktuellen Sachstand in Sachen Frankenwaldbahn:

Der Themenbereich Fernverkehr auf der Frankenwaldbahn ab 2017 wird vom Landkreis Kronach (Regionalmanagement) gemeinsam mit den Landkreisen Lichtenfels, Saalfeld-Rudolstadt und der Stadt Jena bearbeitet.

Des Weiteren ist das Regionalmanagement in die Arbeitsgruppe zur Potentialanalyse für den Bahnhof Coburg eingebunden. Dieser Themenbereich hat ebenfalls grundsätzliche Auswirkungen auf den zukünftigen Verkehr auf der Frankenwaldbahn.

Sachstand Frankenwaldbahn

Derzeit werden durch den Bund 2 Konzepte entwickelt, die auch für die Frankenwaldbahn Relevanz haben:

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Danach ist momentan ein 4 Std. Takt auf der Frankenwaldbahn im Fernverkehr angedacht ?!

Die Qualität (Fahrzeuge usw.) der Bedienung ist noch offen !!

Landrat Oswald Marr erläutert, dass die 4 Stunden Taktung zwar besser wie nichts sei, wünschenswert wäre aber dennoch eine 2 Stunden Taktung.

Machbarkeitsstudie Deutschlandtakt

Diese Studie soll die einzelnen Verkehre und Vertaktungen en detail regeln.

Beide Konzepte sind noch in der Bearbeitung. Ob die Ergebnisse der Konzepte dann mit einer Finanzierung unterlegt werden, ist momentan nicht sicher.

zur Kenntnis genommen

Anwesend 11

TOP 2 Anträge der im Kreistag vertretenen Gruppierungen

TOP 2.1 Kreisbauhof Nord - Anträge der CSU- und der SPD-Fraktion

Landrat Oswald Marr erläutert Folgendes:

Sowohl seitens der SPD-Fraktion, als auch von der CSU-Fraktion liegen Anträge zur Außenstelle des Kreisbauhofes in Ludwigsstadt vor.

Um die Angelegenheit auf eine sachlich fundierte Grundlage zu stellen hat sich die Verwaltung mit der Bitte um eine zeitnahe fachliche Beratung in dieser Angelegenheit an den kommunalen Prüfungsverband gewandt.

Auf Grund der urlaubsbedingten Abwesenheit des zuständigen Mitarbeiters beim Kommunalen Prüfungsverband konnte noch kein finaler Terminplan für die Untersuchungen festgelegt werden.

Die im Kreistag vertretenen Fraktionen und politischen Gruppierungen werden von der Verwaltung zeitnah über die konkrete zeitliche Abwicklung informiert

zur Kenntnis genommen

Anwesend 11

TOP 2.2 Pflegesituation im Landkreis Kronach- Antrag der CSU-Fraktion

Landrat Oswald Marr erläutert Folgendes

Seitens der CSU-Fraktion wurde im Mai 2014 ein Antrag zur Pflegesituation im Landkreis Kronach gestellt.

In der Kreisausschusssitzung vom 23.06.2014 wurden bereits einige Informationen hierzu durch die Heimaufsicht, Frau Ursula Weber, erteilt.

Mit E-Mail vom 17.10.2014 beantragte die CSU-Kreistagsfraktion einen Zwischenbericht über den gestellten Antrag.

Die Verwaltung wird in dieser Angelegenheit Angebote von unabhängigen Instituten zwecks Durchführung einer Analyse, so wie im Antrag gefordert, einholen. In einer der nächsten Kreisausschusssitzungen werden dann die Ergebnisse der verschiedenen Anfragen zur Entscheidung vorgelegt werden.

zur Kenntnis genommen

Anwesend 11

TOP 2.3 Antrag Informationseinholung über die Planung zum Ausbau der Stromtrasse - Antrag der Frauenliste

Kreisrätin Petra Zenkel-Schirmer erläutert den Grund für den Antrag der Frauenliste auf Informationseinholung über die Planungen der Stromtrasse:

Die für die neue Stromtrasse geplanten Masten wären 75 Meter hoch und hätten einen Fuß von 40x40 m. Alle 300 Meter solle ein solcher Mast stehen. Mehr als 100 Meter breit müsse dafür der Wald gerodet werden. Dies hätte fatale Folgen für den ländlichen Raum, z.B. ein Einbruch des Tourismus, das Ausbluten der Dörfer und damit auch einen Wirtschaftseinbruch. Die Frauenliste wünsche sich neben der Einholung von Informationen über den aktuellen Planungsstand auch die sofortige Information der Gremien, bei Vorliegen von neuen Erkenntnissen.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder teilt mit, dass er kürzlich bei einer Veranstaltung zur Amprion-Trasse in Kulmbach war. Die Pläne der Firma wurden eingesehen, der Landkreis Kronach sei nicht betroffen.

Wolfgang Puff, WSE, informiert das Gremium über den aktuellen Stand in Sachen Stromtrasse. Er erläuterte, dass vier große Trassen für den großen Stromtransport Nord-Süd benötigt werden. Betroffen sei die Region durch die geplante Trasse Wolmirstedt – Gundremmingen. Gegenüber der alten Version haben sich lediglich die Anfangs- und Endpunkte verschoben, die Trassenplanungen im weiteren Verlauf werden aller Voraussicht nach die gleichen bleiben. Aufgrund der Verlegung der Anfangs- und Endpunkte handelt es sich um eine neue Maßnahme, für die auch neue Konsultationen durchgeführt werden müssen.

Das Gremium ist sich einig, dass die Planungen der Fa. Ambrion weiter im Auge behalten werden sollen.

TOP 2.4 Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur - Antrag der SPD-Fraktion

SPD-Fraktionsvorsitzender Richard Rauh erläuterte die Gründe für den Antrag:

Der Landkreis Kronach stehe vor entscheidenden Weichenstellungen. Es steht eine neues Mobilitätskonzept, die Neustrukturierung der Bildungslandschaft, der Schülerbeförderung und die Demografische Entwicklung im Raum.

Ein vorberatender Ausschuss der sich mit diesen Themen befasse wäre daher sinnvoll. Die ursprünglich beantragte Bezeichnung des Antrages könne auch leicht modifiziert werden in einen Ausschuss für Verkehr, Infrastruktur und Kreisentwicklung.

Klaus Löffler führte auf, dass seine Fraktion eher ein Infrastrukturmanagement mit der Bündelung gewisser Fachstellen im Landratsamt favorisieren würde. Die CSU wäre bereit hier Ziele zu formulieren.

Nach einer umfassenden Diskussion im Gremium wird Folgendes vereinbart:

Die CSU-Fraktion liefert Gründe und Fakten, Landrat Oswald Marr fasst dies zusammen und lädt die Fraktionsvorsitzenden zu einem Abstimmungsgespräch ein. Danach wird das Ganze in ein Gremium getragen.

TOP 3 Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes

Sachverhalt:

Mit **einstimmigem KT-Beschluss** vom **12.05.2014** hat der Kreistag des Landkreises Kronach die Aufstellung eines Haushalts-Konsolidierungskonzeptes beschlossen (vergl. Anlage 1).

Dieser Beschluss basierte auf der Änderung der Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen für Landkreise, für die ab dem Jahr 2014 ein nachhaltiger Konsolidierungswille als weiteres Antragskriterium eingefordert wurde.

Der **nachhaltige** Konsolidierungswille ist durch die Erarbeitung und Umsetzung eines

- vom Kreistag zu beschließenden -

Haushalts-Konsolidierungskonzeptes nachzuweisen.

Ein von der Regierung entworfenen Anforderungsprofil sieht u. a. folgende Maßnahmen vor:

- Beschränkung auf **Ausgaben** für die eine **rechtliche Verpflichtung** besteht
- Begründung der Notwendigkeit von Investitions-Maßnahmen, incl. der damit in Zusammenhang stehenden Folgekosten
- **Dauerhafte Senkung** der **Personalausgaben** mittels
 - Wiederbesetzungs- und Beförderungssperren
 - Optimierung der Verwaltungsorganisation

- Ergreifung geeigneter Maßnahmen bei defizitären Einrichtungen (z. B. nichtschulische TH-Nutzung, KKR, Bibliothek, BFM, etc.)
- Überprüfung der freiwilligen Leistungen (Einrichtungen, Zuschüsse, Vereinsmitgliedschaften, etc.)
- Restriktive Ermessensausübung bei Pflichtaufgaben
- **Keine Unterdeckungen bei kostenrechnenden Einrichtungen**
- Keine unterdurchschnittlichen **Steuersätze**
- Prinzipielle Verwendung von Mehreinnahmen/Minderausgaben zur Verringerung des **Schuldenstandes/-dienstes**

Zur Erstellung des Konzeptes wurden **alle Abteilungs-** und **Sachgebietsleiter** des Landkreises um

- ausgearbeitete,
- umsetzbare und
- belastbare Vorschläge
- mit echtem Einsparungspotential

gebeten.

Klarstellend wurde in einem Schreiben an die Führungskräfte des Landkreises darauf hingewiesen, dass letztendlich das **Hauptziel** des Haushalts-Konsolidierungskonzeptes die **Aufwertung der Region** und die **Verbesserung der Lebensqualität** im Landkreis Kronach ist.

Es wurde deshalb verdeutlicht:

- 1.) Dass die Zielerreichung mit Stabilisierungshilfen leichter als ohne diese zu erreichen ist, weil damit sowohl dem Landkreis Kronach selbst, als auch seinen Umlagezahlern, größere - ansonsten nicht vorhandene - Gestaltungsräume eröffnet werden.
- 2.) Dass der Bürgernutzen umso größer ist, je wirtschaftlicher Kreisorgane und Kreisverwaltung arbeiten, weil dann unterm Strich mehr öffentliche Bedürfnisse befriedigt werden können.

Die Anfrage nach Einsparvorschlägen stand demzufolge im Sinne einer **umfassenden Nutzenmaximierung** unter dem Motto:

„Den Landkreis fortentwickeln, nicht totsparen !!!“

Folglich sollte – entsprechend diesem Motto - der Focus der Einsparvorschläge vornehmlich auf die nachfolgend angeführten drei Fragestellungen gerichtet sein:

- a.) In welchen Bereichen sind noch **Effizienzsteigerungen** möglich (Prozessoptimierung, Verbesserung der Zusammenarbeit, Überprüfung von Standards, etc.)?
- b.) **Aufgabenkritik** – Werden derzeit noch Aufgaben erfüllt, die nicht mehr, bzw. nicht mehr in diesem Umfang benötigt oder mit geringerer Intensität ausgeführt werden könnten?
- c.) Die **Erschließung klassischer Einsparungspotentiale**. Zum Beispiel die Frage, ob Produkte oder Dienstleistungen zu einem günstigeren Preis-Leistungsverhältnis beschafft werden können. Gleiches gilt im Hinblick auf die Frage, ob ggf. das In- oder Outsourcing von Aufgaben mit Kosten- oder Leistungsvorteilen verbunden ist.

Ergänzend zu den Anfragen an die Führungskräfte des Landkreises wurden die im Kreistag vertretenen **Fraktionen** und **politischen Gruppierungen** um Wünsche und Anregungen zur Thematik gebeten.

Bernd Liebhardt führt auf, dass er eine Vorberatung der Vorschläge, z.B. im Kreisausschuss für sehr sinnvoll erachte, bevor die Thematik in den Kreistag gegeben werde. Er sehe es als kritisch an, Personal nur als Kostenfaktor zu sehen, schließlich werde auch Servicequalität abverlangt.

Zusammen mit Wolfgang Beiergrösslein sei derzeit ein Antrag zum Thema Personalpolitik in Arbeit, der zeitnah der Verwaltung zugeleitet werde.

Das Gremium spricht sich für eine Vorberatung der Vorschläge im Kreisausschuss und in den politischen Gruppierungen des Kreistages aus, bevor darüber im Kreistag abgestimmt werde.

➤ **Beschluss:**

Für die Fortentwicklung und Erstellung des von der Regierung von Oberfranken geforderten Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird folgender Ablaufplan festgelegt:

- 1.) Die von den Abteilungen und Sachgebieten des LRA eingereichten Vorschläge werden im Kreisausschuss und den Fraktionen bzw. politischen Gruppierungen intern vorberaten.
- 2.) Anschließend erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über das Haushaltskonsolidierungskonzept in den zuständigen Gremien.

geändert beschlossen

Ja 11 Anwesend 11

TOP 4 Förderanträge

TOP 4.1 Förderantrag - Bauliche Erweiterungen im Haus Fischbachtal des Deutschen Ordens

Sachverhalt:

Das Haus Fischbachtal, eine soziotherapeutische Einrichtung für Suchtkranke in der Trägerschaft des Deutschen Ordens, führt derzeit bauliche Erweiterungsmaßnahmen an ihrem Gebäude in Tauschendorf durch.

Die Baumaßnahme umfasst:

- Die Schaffung von 12 neuen Einzelzimmern
- Eine Verbesserung der Raumsituation in den Arbeitstherapiewerkstätten (Schreinerei, Waschküche)
- Die Erweiterung der für die Küche nutzbaren Flächen

Die Baumaßnahmen dienen dem Ziel, die Zukunft der Einrichtung zu sichern und weitere therapeutische Entwicklungen zu ermöglichen. Nähere Ausführungen zur Maßnahme enthält der Antrag auf einen Kreiszuschuss vom 08.07.2014.

Die Einrichtung, einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Investitionen, wird weitgehend über mit dem Bezirk abgerechnete Leistungen finanziert.

Darüber hinaus wird die o. g. Investitionsmaßnahme in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro von der Oberfrankenstiftung, der Bayerischen Landesstiftung und der Aktion Mensch mit großzügigen Zuschüssen gefördert.

Gleichwohl wird vorgeschlagen, die Maßnahme mit einem Anerkennungsbeitrag in Form eines kleinen Kreiszuschusses in Höhe von 10.000 Euro zu fördern. Dies auch deshalb, weil die Mittagsversorgung der meisten kreiseigenen Schulen (KZG, FWG, RS II, Pestalozzischule sowie der Gottfried-Neukam-Mittelschule) von dieser Einrichtung übernommen und in guter Qualität gewährleistet wird.

➤ **Beschluss:**

- 1.) Die mit Förderantrag vom 08.07.2014 angezeigten baulichen Erweiterungsmaßnahmen am Haus Fischbachtal werden mit einem Kreiszuschuss in Höhe von 10.000 Euro gefördert.
- 2.) Die Ausgaben werden als überplanmäßige Ausgaben zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 bewilligt.

ungeändert beschlossen

Ja 11 Anwesend 11

TOP 4.2 Förderantrag - Beratungsstelle der Lebenshilfe e. V.

Sachverhalt:

Seit 01.01.2010 betreibt der Verein Lebenshilfe e. V. eine Beratungsstelle für Menschen mit geistiger Behinderung sowie deren Eltern und Angehörige.

Die Beratungsstelle berät Betroffene in Fragen zum Behinderten- und Sozialrecht, unterstützt die Eltern von Kindern mit geistiger Behinderung bei Antragstellungen, informiert über Zuständigkeiten, vermittelt praktische Hilfen und organisiert Informationsveranstaltungen für die Eltern.

Auf Grund seiner schwierigen Finanzlage werden die Leistungsangebote des Vereins Lebenshilfe e. V. auf Einsparpotentiale, bzw. auf die Erschließung neuer Einnahmequellen untersucht.

Die o. g. Beratungsstelle – die ebenfalls im Focus von Einsparmaßnahmen stand – berührt jedoch die Kernaufgaben des Vereins, nach dessen Auffassung Einschnitte in diesem Bereich weitgehend unterbleiben sollten.

Zur weiteren Aufrechterhaltung der Beratungsstelle bittet der Verein deshalb um einen **jährlichen** Kreiszuschuss in Höhe von **10.000 Euro**.

Insgesamt würde sich damit in Zukunft der jährliche Förderbetrag an den Verein Lebenshilfe e. V. um 5.000 Euro erhöhen, da ab dem 1.4.2014 der vom Landkreis Kronach mit jährlich 5.000 Euro unterstützte mobile heilpädagogische Fachdienst eingestellt wurde.

Zur weiteren Begründung wird auf den als Anlage beigefügten Zuschussantrag verwiesen.

➤ **Beschluss:**

- 1.) Dem Verein Lebenshilfe e. V. wird zum Betrieb der von ihm betriebenen Beratungsstelle für Menschen mit geistiger Behinderung sowie deren Eltern und Angehörigen ab dem Kalenderjahr 2014 in stets widerruflicher Weise ein jährlicher pauschaler Kreiszuschuss in Höhe von 10.000 Euro gewährt.
- 2.) Die im Haushaltsjahr 2014 anfallenden Ausgaben werden überplanmäßig bewilligt.

ungeändert beschlossen

Ja 11 Anwesend 11

Sachverhalt:

Das Kommunalunternehmen „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ beabsichtigt von der Frankenwaldklinik Kronach GmbH die Grundstücke 1407/3 und 1407/1 (Teilfläche) zu erwerben.



Derzeit werden zwischen dem Kommunalunternehmen „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ und der Frankenwaldklinik noch Detailfragen bezüglich des Grunderwerbs, bzw. des Kaufvertragsentwurfs abgeklärt.

Mit dem Grunderwerb verfolgt das Kommunalunternehmen das Ziel, auf den o. g. Grundstücken (ehemaliges Personalwohnheim) eine Tagesklinik für die Erwachsenen-psychiatrie zu errichten.

Der Landkreis Kronach verfügt bezüglich dieser Grundstücke über ein durch eine Auflassungsvormerkung gesichertes Vorkaufsrecht zu einem fest definierten Kaufpreis von ca. 100 Tsd. €.

In den Gremien wurde bereits mehrfach über die Ausübung, bzw. den Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes für die angeführten Grundstücke ausführlich beraten. Dies gilt in gleicher Weise für mögliche oder wünschenswerte Nutzungen.

Der Erwerb der Grundstücke durch das Kommunalunternehmen „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ sowie die Errichtung einer psychiatrischen Tagesklinik auf dem Gelände entspricht der Interessenlage des Landkreises Kronach, so dass in diesem Verkaufsfall auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes verzichtet werden kann.

Kreisrat Jens Korn befindet sich bei der Abstimmung nicht mit im Raum.

➤ **Beschluss:**

- 1.) Der Landkreis Kronach verzichtet unter den nachfolgend genannten Bedingungen bei einem vollständigen oder teilweisen Verkauf der Grundstücke Flurnummer 1407/1 und 1407/3 der Gemarkung Kronach auf die Ausübung seines Vorkaufsrechtes gemäß § 14 a des Unternehmenskaufvertrages „Frankenwaldklinik“ vom 30.09.2005.
 - a.) Das Kommunalunternehmen „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ verpflichtet sich auf den o. g. Grundstücken eine Tagesklinik für die Erwachsenenpsychiatrie zu errichten.
 - b.) Bezüglich des Grundstücks Flurnummer 1407/1 wird der Verzicht des Vorkaufsrechtes nur für eine Teilfläche erklärt. Ausgenommen vom Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes sind die Grundstücksflächen, auf denen derzeit von der AWO – Bezirk Ober- und Mittelfranken e. V. ein Wohnheim und Außenwohngruppen für psychisch kranke Menschen betrieben werden (Haus am Rosenberg). Zu diesen Flächen zählt auch der notwendige Umgriff um das Gebäude, der für den ordnungsgemäßen Betrieb des „Hauses am Rosenberg“ notwendig ist (Zugänge, etc..).
- 2.) Der Landrat des Landkreises Kronach wird im Rahmen der Ziffer 1 dieses Beschlusses zur Abgabe der Erklärung auf den Verzicht der Ausübung des Vorkaufsrechtes für die Grundstücke Flurnummer 1407/1 (Teilfläche) und 1407/3 der Gemarkung Kronach ermächtigt.

ungeändert beschlossen

Ja 10 Anwesend 10

TOP 6 Anfragen und Sonstiges

Landrat Oswald Marr informiert das Gremium darüber, dass für die nächste Kreistagsitzung eine Darstellung der Winterdienstsituation durch die Tiefbauabteilung des Landratsamtes geplant sei.

Zur Beantwortung aktueller Fragen wird der Leiter der Tiefbauabteilung, Gunter Dressel, zur Kreisausschusssitzung hinzugezogen.

Auf die Fragen von Bernd Liebhardt hin, ob sich durch aktuelle Maßnahmen Umlaufzeiten verschlechtert haben und die Versorgungssicherheit, gerade im Norden, bei einem kurzfristigen Wintereinbruch gewährleistet werden können, antwortete Gunther Dressel, dass der Landkreis einsatzbereit für den Winter sei.

Das Fahrzeug des Nordens wurde in Birkach stationiert um auf mehr Fahrer zugreifen zu können. Krankheitsbedingt stünden derzeit im Norden keine Fahrer zur Verfügung. Die Umlaufzeiten wären mit zweieinhalb bis drei Stunden gleich geblieben. Der Landkreis liege damit unter dem Schnitt der Bayerischen Zeiten.

Zu den Fragen von Bernd Liebhardt betreffend die KC 3 und KC 17, teilt Gunther Dressel mit, dass der Bau der KC 3 für 2015 geplant sei. Die KC 17 von Pressig nach Brauersdorf bis zur KC4 habe man vorerst nicht ins Auge gefasst.

Um 11:30 Uhr schließt Landrat Oswald Marr die Sitzung des Kreisausschusses.

Oswald Marr
Landrat

Sonja Welsch
Schriftführer/in